



Landesmitgliederversammlung

Samstag, 8. Januar 2011, 10 – 22 Uhr

Fortsetzung Sonntag, 9. Januar, 10 – 19 Uhr

Bürgersaal Wandsbek, Am Alten Posthaus 4, U1 Wandsbek Markt

Wahlprogrammmentwurf für die Bürgerschaftswahl 2011 Vorlage des Landesvorstandes

Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2011

Entwurf des Landesvorstandes

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

5 am 20. Februar 2011 wählen Sie eine neue Bürgerschaft – ein Jahr früher als vorgesehen. Der Rücktritt des Ersten Bürgermeisters Ole von Beust und der verlorene Volksentscheid im Sommer 2010 waren eine tiefe Zäsur. Wir hatten uns dennoch im August für einen Neustart der Koalition entschieden, der für uns an klare Bedingungen geknüpft war. Dieser Neustart ist nicht gelungen – vor allem aufgrund der Führungsschwäche, der Ideenlosigkeit und der zahlreichen personellen Wechsel bei der CDU.

Wir haben aus dieser Situation die Konsequenzen gezogen und aus Verantwortung für die Stadt die schwarz-grüne Koalition verlassen. Das ist uns nicht leicht gefallen, aber es war die richtige Entscheidung für Hamburg. Wir sind überzeugt, dass Neuwahlen das ehrlichste Angebot an die Hamburgerinnen und Hamburger sind.

15 In den ersten zwei Jahren der Regierungsbeteiligung haben wir für Hamburg viel erreicht. Wir haben die ökologische Modernisierung der Stadt vorangetrieben und Maßstäbe beim Klimaschutz gesetzt. Das hat die Europäische Kommission anerkannt und Hamburg mit dem Titel Umwelthauptstadt Europas 2011 ausgezeichnet. Wir haben eine umfassende Bildungsoffensive auf den Weg gebracht und damit für alle Kinder und Jugendlichen die Chancen auf Teilhabe an der Gesellschaft erhöht. Die GAL hat viele Maßnahmen ergriffen, die unsere Bildungseinrichtungen – von der Kita bis zur Hochschule – gerechter und leistungsfähiger machen. Wir haben als die Partei der Freiheits- und Bürgerrechte die direkte Demokratie gestärkt und eine neue Debatte über Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Stadt angestoßen.

25 Indem wir Hamburg grüner gemacht haben, haben wir es verändert: In eine Stadt, die Ökologie und Ökonomie erfolgreich miteinander verbindet, weil sie lebenswert und wirtschaftlich erfolgreich ist. In ein Hamburg, in dem die Künste und die Wissenschaften einen wichtigen Platz haben. In ein Hamburg, das sich gegen die Spaltung in Arm und Reich einsetzt, in dem die Herkunft keine Rolle spielt und das alle Talente als Chancen sieht. Das waren und das bleiben unsere Ziele für unsere Stadt.

30 Wir mussten aber auch Rückschläge hinnehmen: Wir haben es nicht geschafft, das Kohlekraftwerk Moorburg zu verhindern. Wir haben keine Mehrheit für längeres gemeinsames Lernen gefunden und wir mussten auch in anderen Bereichen manchmal schwierige Kompromisse machen. Auch wenn diese Rückschläge hart waren: Die vergangenen zweieinhalb Jahre haben sich aus unserer Sicht für Hamburg gelohnt! Die erste schwarz-grüne Landesregierung hat vieles in Gang gesetzt, das klar auf das Konto der GAL geht.

Auch in Zukunft wollen wir in Hamburg weiterhin ein Wort mitreden. Wir machen der Stadt ein Angebot, das heute schon an morgen denkt und verharren – anders als die strukturkonservativen Volksparteien – nicht in alten Denkmustern. Unser Motto lautet „gestalten statt verwalten“. Wer Hamburg politisch mitgestalten will, steht vor einigen Herausforderungen.

40 In den letzten Jahren hat die größte Finanz- und Wirtschaftskrise nach dem Krieg große Löcher in die öffentlichen Haushalte vieler Staaten gerissen. Auch der Hamburger Haushalt blieb davon nicht verschont. Deswegen muss Hamburg seine Ausgaben und Schulden zurückfahren, um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben. Diese Haushaltskrise zwingt zu einer politischen Schwerpunktsetzung.

45 Wir haben erkannt, dass verbindliche Volksentscheide die politische Landschaft in Hamburg stark verändert haben. Um unsere politischen Ideen und Projekte zu verwirklichen, brauchen wir neben einer parlamentarischen Mehrheit auch die breite Zustimmung der Bevölkerung. Es ist unser Anspruch, Beteiligungsverfahren weiter zu verbessern. Wir nehmen die Bürgerinnen

50 und Bürger ernst und wollen ihnen bei Entscheidungen die Verantwortung geben, die sie einfordern. Direkte und repräsentative Demokratie dürfen sich nicht gegenseitig aushebeln, sie müssen sich sinnvoll ergänzen. Es muss uns gelingen, eine politische Kultur zu entwickeln, die sich am Gemeinwohl orientiert und nicht nur an den Interessen Einzelner.

55 Wir wollen Hamburg ökologisch modernisieren, sozial gerechter gestalten und gleichzeitig die Finanzen im Blick „und im Griff“ behalten. Das alles geht nur im Zusammenspiel mit den Menschen, die hier leben und die alle gemeinsam unsere Stadt ausmachen. Darum braucht Hamburg die GAL, und deshalb ist es notwendig, dass die GAL in der nächsten Bürgerschaft mit einer noch stärkeren Stimme spricht. Für Hamburg machen wir dieses Angebot.

Hamburg ist Deine Stadt und Du hast die Entscheidung. Jeden Tag, und ganz besonders am 20. Februar 2011.

60 **1. Stadt mit Zukunft und Lebensqualität – Ökologische Erneuerung und nachhaltiges Wirtschaften**

Das haben wir erreicht:

- 65 • Europäische Umwelthauptstadt 2011: Die grün geführte Umweltbehörde hat den Titel nach Hamburg geholt. Wir wollen, dass Hamburg auch nach 2011 Hauptstadt für die Umwelt bleibt.
- Energie für Hamburg: Hamburg hat seit 2009 wieder ein städtisches Energieunternehmen – HAMBURG ENERGIE – für die Versorgung aller Hamburgerinnen und Hamburger mit kohle- und atomfreiem Strom, für Erneuerbare Energien und für den Klimaschutz.
- 70 • Grün vor Beton: Wir haben zwei neue Naturschutzgebiete geschaffen, haben den unkontrollierten Flächenfraß gestoppt, die mit 40 Millionen Euro ausgestattete Elbe-Stiftung gegründet und dafür gesorgt, dass auch im Hafen Naturschutzregeln gelten.
- Hamburg steigt aufs Rad: Wir haben die Trendwende fürs Fahrrad eingeleitet, indem wir die Mittel für den Radverkehr vervierfacht und mit dem StadtRad Deutschlands erfolgreichstes Fahrradleihsystem geschaffen haben.
- 75 • Boom der Ökobranche: Hamburg ist heute ein Zentrum für Erneuerbare Energien; bedeutende Unternehmen haben sich in den letzten zwei Jahren neu hier angesiedelt.
- Mobil mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Wir haben die Planung für die Stadtbahn auf die Schiene gesetzt, das Angebot im öffentlichen Nahverkehr verbessert und Umwelttaxen eingeführt.
- 80 • Deckel unter Dach und Fach: Wir haben die Finanzierung des A7-Deckels gesichert. Diese Maßnahme bringt Schutz vor Lärm für tausende Menschen, neue innenstadtnahe Wohnungen und eine Riesenchance für die Stadtentwicklung.

85 Hamburg ist kreativ, großstädtisch und lebendig – und gleichzeitig eine grüne Stadt, die so viel Naturfläche schützt wie kein anderes Bundesland. Immer mehr Menschen leben in Hamburg – trotzdem muss es der Stadt gelingen, den Ressourcenverbrauch deutlich zu senken. Hamburg geht beim Klimaschutz voran und schafft damit tausende neue Jobs. Die GAL hat in den letzten Jahren viel für die Hamburger Umwelt erreicht. Den Titel „Europäische Umwelthauptstadt 2011“ hat die grün geführte Umweltbehörde nach Hamburg geholt. Die Hamburgerinnen und Hamburger wissen, dass Umwelt- und Klimaschutz Voraussetzungen für Lebensqualität und wirtschaftliche Stärke sind. Hamburg muss sich ökologisch und sozial modernisieren, damit die Stadt schön bleibt und noch zukunftsfähiger wird.

90

Verantwortung übernehmen und Zukunft sichern: Klare Ziele für das Klima

Die Weltstadt Hamburg übernimmt Verantwortung für den globalen Klimaschutz. Wir sind vom Klimawandel besonders betroffen: Der Anstieg des Meeresspiegels gefährdet den Küstenschutz und langfristig sogar die Existenz der Stadt. Auf dieses globale Problem müssen wir eine lokale Antwort geben: Bis 2020 sollen Hamburgs CO₂-Emissionen deshalb im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zurückgehen, bis 2050 um mindestens 80 Prozent. Dafür muss die Stadt neue Wege einschlagen. Die Erneuerung der Infrastrukturen ist ebenso notwendig wie die Änderung von Konsumgewohnheiten, für die wir die Voraussetzungen schaffen müssen. Wir wollen mit der Stadtgesellschaft über einen Masterplan für den Klimaschutz diskutieren, der die notwendigen Schritte in den Bereichen Energie, Verkehr und Bauen entwickelt und zu einem Gesamtkonzept zusammenfasst.

Ökologisch aus der Krise: Neue Energie und neue Jobs

Erneuerbare Energien sind in Hamburg schon heute ein Jobmotor. Die weltgrößten Windenergie-Unternehmen haben inzwischen hier ihre Deutschland- oder Europazentralen. Mit dem „Cluster Erneuerbare Energien“ hat die Umweltbehörde unter grüner Führung eine Plattform geschaffen, die den weiteren Ausbau voranbringen wird. Viele Arbeitsplätze werden durch Investitionen in Energieeffizienz und durch die energetische Sanierung von Gebäuden geschaffen und gesichert.

Die Vorfestlegung des CDU-Vorgänger-Senats und ein Beschluss des Oberverwaltungsgerichts hatten es juristisch unmöglich gemacht, den Bau des Kohlekraftwerks Moorburg zu verhindern. Immerhin konnte die Umweltbehörde strenge Auflagen zum Schutz der Elbe durchsetzen. Und: Seit 2009 hat Hamburg wieder ein städtisches Energieunternehmen. HAMBURG ENERGIE bietet kohle- und atomfreien Strom an und hat innerhalb weniger Monate mehr Solar- und Windkraftprojekte in Hamburg auf den Weg gebracht als andere Energieversorger in den Jahren davor. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, mit Bürger-Solarkraftwerken, dezentralen Block-Heizkraftwerken und neuen Windkraft-Standorten.

Mit einem neuen Hamburger Klimaschutzgesetz, umfangreicher Förderung und qualifizierter Beratung durch die Stadt wollen wir die energetische Sanierung von Gebäuden systematisch vorantreiben. Wo die Stadt selbst baut, soll der Passivhausstandard gelten. Mit städtischen Förderprogrammen, die an energetische Standards gekoppelt sind, sorgen wir dafür, dass die Wohnungen bezahlbar bleiben. Durch die Rücknahme der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze in öffentliche Regie kann die Stadt sich neue Gestaltungsspielräume eröffnen, Einnahmen erzielen und die lokale Wirtschaftskraft fördern. Dafür setzt die GAL sich ein.

125 Wirtschaft: Grüne Ideen für schwarze Zahlen

Grüne Wirtschaftspolitik verbindet Ökonomie und Ökologie zum Wohle aller. Früher ging der Wettbewerb zwischen den Häfen viel zu häufig auf Kosten der Umwelt. Wir haben dies geändert und dafür gesorgt, dass auch der Hafen nicht länger eine naturschutzfreie Zone ist. Für Eingriffe in die Natur werden auch hier Ausgleichsmaßnahmen fällig. Im Hafen wurden Mieten und Pachten erhöht. Das schafft Anreize, um mit Flächen sparsamer und effizient umzugehen.

Wir haben die Stiftung Lebensraum Elbe gegründet. Sie wird durch eine Erhöhung der Hafengebühren finanziert. So zahlen große Containerfrachter jetzt mehr Hafengeld, mit dem auch die Elbe vom Wachstum des Hafens profitiert. Die Stiftung wird eine Vielzahl von Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Situation der Elbe in die Wege leiten. Das neue Fraunhofer-Center für Maritime Logistik und Dienstleistungen (CML) stärkt die Forschung für Hafen und Logistik. Im Mittelpunkt stehen Projekte für CO₂-minimierende maritime Logistikketten. Das Projekt „Green Maritime Logistics“ forscht zu ökologischen Verbesserungen in diesem Bereich.

Die Untere Elbe-Häfen Hamburg, Stade, Brunsbüttel und Cuxhaven haben ein Kooperationskonzept in Angriff genommen, um die Zusammenarbeit in der Metropolregion zu stärken. Die

140 Elbvertiefung halten wir auch weiterhin für falsch. Das Planfeststellungsverfahren haben wir nicht stoppen können, es ist aber rechtlich, politisch und in der Zeitplanung hochgradig risikobehaftet. Das Ergebnis ist völlig offen. Wir sind aber realistisch genug, um zu wissen, dass es für unsere Position in Hamburg gegenwärtig keine politische Mehrheit gibt.

145 Damit die städtebaulichen Rahmenbedingungen für den Sprung über die Elbe verbessert werden, hat der schwarz-grüne Senat den Freihafen verkleinert und damit gleichzeitig den Verkehrsfluss verbessert. Der Sprung über die Elbe bietet für Wilhelmsburg und Harburg viele Chancen. Mit den Planungen und Bauarbeiten für die Neue Mitte Wilhelmsburg und die Internationale Bau- und Gartenausstellung sowie der Entlassung von Teilen des Harburger Binnenhafens aus dem Hafenenwicklungsgesetz haben wir viele neue Impulse gesetzt. Wir haben Ha-
150 pag-Lloyd vor der Pleite gerettet und die Traditionsreederei mit vielen Arbeitsplätzen in Hamburg gehalten.

Um unsere Stadt fit für die Zukunft zu machen, darf es keine eindimensionale Wirtschaftspolitik geben – auch wenn Handel und Hafen immer wichtig bleiben. Hamburg ist besser als andere Städte durch die Wirtschaftskrise gekommen. Das liegt weniger am Hafen als an anderen erfolgreichen Wirtschaftszweigen wie Dienstleistungen, Medien, IT und Flugzeugbau. Der Hafen wächst zwar wieder, ist aber noch weit von seinen Vorkrisen-Rekorden entfernt. Wir haben
155 daran gearbeitet, dass Hamburg die Bereiche Erneuerbare Energien, Umwelttechnik und Kreativwirtschaft weiter ausbaut und mehr Geld in Forschung und Entwicklung investiert. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen.

160 **Für Mensch und Natur: Das grüne Hamburg**

Eine Stadt braucht Wälder, Biotope, Parks und Promenaden. Tiere und Pflanzen sollen auch in der Stadt bessere Lebensbedingungen vorfinden. Wir wollen Gewässer ökologisch schützen, insbesondere soll die Alster wieder für Fische durchlässig sein. Mit einer Reform der Abwassergebühren wollen wir Anreize setzen für flächensparendes Bauen und für die Entsiegelung von
165 Böden.

Die Naturschutzaufgaben der Bezirke müssen gebündelt und gestärkt werden. Wir wollen die Naturschutzgebiete Auenlandschaft Norderelbe und Wohldorfer Wald erweitern und den Wilhelmsburger Osten als Landschaftsschutzgebiet ausweisen. Die Realisierung von Naturschutz in Gut Moor und das Ausbaggern von Kreetsand war schon im Koalitionsvertrag vereinbart. Aus-
170 gleiche für Eingriffe im Süderelberaum sollen künftig auch nur im Süderelberaum stattfinden. Daran halten wir fest.

Verwerten statt vermüllen: Von der Abfall- zur Kreislaufwirtschaft

Beim Recycling hat Hamburg Nachholbedarf. Wichtige Schritte haben wir schon getan. Die
175 stadtweite getrennte Sammlung von Bio-Abfall, Papier und Wertstoffen ist vorbereitet und wird jetzt eingeführt. Die neue Gebührengestaltung belohnt umweltgerechtes Verhalten. Hier wollen wir weitermachen. Innovative Nutzung von Biomasse soll zur klimafreundlichen Energieproduktion beitragen und ein wichtiges Forschungsthema werden.

Für eine lebenswerte Stadt: Urbanität statt Flächenfraß

Hamburg ist attraktiv, seine Bevölkerung wird in den nächsten Jahren weiter wachsen. Unser
180 Leitbild für die Stadtentwicklung ist die kompakte Stadt der kurzen Wege. Wir wollen Grünachsen und Stadtränder vor der Zersiedelung bewahren, bestehende Quartiere attraktiver machen und dort neuen Wohnraum schaffen. Dafür soll der Wohnungsbau mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Entwicklung von Parks und Grünflächen Hand in Hand gehen.

Die Nutzung von Industrieflächen (Beispiel: Bahngelände in Altona) für den Wohnungsbau
185 soll zügig voran gebracht werden. Im knapp bemessenen Raum der Stadt müssen Flächen effizient genutzt werden, auch Gewerbeflächen, besonders im Hafengebiet. Langfristig können

sich auf Flächen wie dem Kleinen Grasbrook neue Perspektiven für lebenswertes innerstädtisches Wohnen und Arbeiten entwickeln. Freiräume müssen sein: Deshalb wollen wir mehr Platz für Bauwagen möglich machen.

190 **Klimafreundlich und stadtverträglich: Mobilität für alle**

Wir wollen den Verkehr stadt- und umweltverträglich organisieren – für mehr Lebensqualität in Hamburg. Das bedeutet für uns: den öffentlichen Verkehr weiter ausbauen, die Parkraumbewirtschaftung intensivieren, den Anteil des Fahrradverkehrs steigern, mehr Platz für Fußgänger und mehr Tempo-30-Zonen schaffen und mit Carsharing und Elektromobilität Autos intelligenter nutzen.

195

Öffentlich besser mobil

Der öffentliche Nahverkehr ist beliebt und wächst. Darum braucht Hamburg die Stadtbahn. Sie ist die wirksamste und kostengünstigste Möglichkeit, den ÖPNV noch attraktiver und leistungsfähiger zu machen. Weil ein solches Großprojekt die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger braucht, wollen wir die bisherigen Planungen in einem Bürgerdialog offen zur Diskussion stellen – so wie es der Senat auf grüne Initiative bereits beschlossen hatte.

200

Das bestehende Angebot von Bahn und Bus wollen wir ausweiten. Dazu zählen weitere Taktverdichtungen, der barrierefreie Ausbau der Haltestellen und attraktive Tarife. Um Pendlern den Umstieg auf die Bahn zu erleichtern, wollen wir den Bau der S4 nach Ahrensburg vorantreiben, die S-Bahn-Kapazitäten Richtung Harburg ausbauen und Park-and-Ride-Angebote verbessern.

205

Per Pedale ans Ziel

Das Fahrrad war jahrzehntelang das Stiefkind der Hamburger Verkehrspolitik. Wir wollen, dass Hamburg zur Fahrradstadt wird. Wir haben die Mittel für den Radverkehr vervierfacht. Wir wollen mehr Radfahrstreifen einrichten, die Velorouten zügig fertig stellen und in weiteren Stadtteilen und Bezirken StadtRad-Stationen einrichten.

210

Um in belebten Quartieren die Straße wieder als Raum für Alle zurückzugewinnen, wollen wir den Prozess zur Einführung von Gemeinschaftsstraßen fortsetzen. Zentrale Voraussetzung dafür sind die Beteiligungsverfahren in den Bezirken.

Transparent, partizipativ, stadtverträglich

Wo Straßen für den Autoverkehr ausgebaut werden, muss sich gleichzeitig die Stadtverträglichkeit verbessern. Darum haben wir die Finanzierung des A7-Deckels gesichert und die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße vorangetrieben. Beide Maßnahmen verbinden optimalen Lärmschutz mit neuen Chancen für die Stadtentwicklung. In Wilhelmsburg haben wir ein umfangreiches Beteiligungsverfahren durchgeführt; auch in Zukunft werden wir bei Infrastrukturprojekten für Transparenz und Beteiligung sorgen. Es war richtig, bei der Hafenuferspanne anstelle der bisher geplanten Nordtrasse – die die Menschen in Wilhelmsburg und auf der Veddel übermäßig belastet und den Sprung über die Elbe verhindert hätte – eine Südvariante zu entwickeln. Ob aber nicht die durch Hafeninteressen verhinderte Führung der Südvariante nördlich von Moorburg sinnvoller wäre, sollte diskutiert werden. Auch die verkehrliche Notwendigkeit muss vor dem Hintergrund eines Gesamt-Verkehrskonzepts für den Süderelberaum neu bewertet werden. Vor dem Hintergrund der immensen Kosten dieser Straße ist fraglich, ob die Planung im nächsten Bundesverkehrswegeplan im vordringlichen Bedarf landen wird. Deswegen ist unsere Priorität, die Verkehrsprobleme im Hafen pragmatisch, z.B. durch den Ausbau der Haupthafenroute anzugehen.

215

220

225

230

Uns ist bewusst, dass insbesondere in Wilhelmsburg, Harburg und in den Süderelbestadtteilen viele Menschen besonders unter den Belastungen durch die Hafenverkehre leiden. Der Hamburger Hafen hat bisher davon profitiert, dass er gute Anbindungen ins Hinterland hat.

235 Gleichzeitig lebt der Hafen aber auch von der Akzeptanz der Hamburgerinnen und Hamburger. Für viele Probleme, die die Hafenverkehre auslösen, gibt es keinen goldenen Weg. Wir wollen deswegen die Verkehrsverbindungen – die alten und neuen Lösungen – in einem breit angelegten und öffentlichen Prozess mit Bürgern, Anwohnern und Experten diskutieren.

240 Für den Hinterlandverkehr des Hafens setzen wir auf die Schiene. Wohngebiete müssen vom LKW-Verkehr entlastet werden. Uns ist bewusst, dass der Schienenverkehr auch Probleme im Bereich des Lärmschutzes mit sich bringt. Nur durch die Konzentration der Mittel auf Modernisierung und Ausbau der Bahnverbindungen aber kann der Hafen ökonomisch und ökologisch wettbewerbsfähig bleiben. Um dabei die Belastung der Harburger Innenstadt durch den Bahnverkehr im Hafen zu senken, werden wir die Planungen für eine Landschaftsbrücke über die Gleise und über die Bundesstraße 73 prüfen.

245 Bei den Planungen im Hafen hat auch künftig für uns Grüne der Erhalt des Dorfes Moorburg Priorität. In diesem Zusammenhang müssen auch andere Konzepte als die Hafennutzung geprüft und weiterentwickelt werden. Die Planungen der Hamburg Port Authority (HPA) für eine Schlickdeponie in Moorburg sind auf lückenhaften Datengrundlagen erfolgt und können nicht ohne Weiteres so umgesetzt werden. Die nichtvermieteten Häuser in Neuenfelde sollten endlich wieder vermietet werden.

250 **Recht auf saubere Luft und ruhigen Schlaf**

Der Straßenverkehr ist Hauptverursacher der Luftbelastung durch Feinstaub und Stickoxid. Um die verbindlichen Anforderungen der EU zu erfüllen, muss die Stadt aktiv werden. Ein wirksames Instrument, für das wir uns einsetzen, ist eine großflächige Umweltzone, zu der nur schadstoffarme Fahrzeuge Zufahrt haben.

255 Auf Initiative der GAL zahlen bereits heute umweltfreundliche Schiffe geringere Hafengebühren. Wir wollen die „grüne Schifffahrt“ ausbauen und in Zusammenarbeit mit der EU und anderen Hafenstädten den Schadstoffausstoß von Kreuzfahrtschiffen systematisch reduzieren. Das würde sich spürbar auf die Luftqualität in Hamburg auswirken.

260 Mit dem neuen Hamburgischen Lärmschutzgesetz haben wir für mehr Rechtssicherheit gesorgt. Es regelt auch, dass Lärmbelästigung kein Argument mehr sein kann zur Verhinderung eines Kita-Baus. Der Lärmschutz bei der Güterumgebungsbahn, dem A7-Deckel und der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße bedeutet Entlastung von Verkehrslärm für tausende von Menschen. Für konkrete Schritte zur Verminderung des Lärms in besonders belasteten Gebieten wollen wir einen Lärmaktionsplan durchsetzen. Auch der Flughafen muss Lärm- und Schadstoffbelastungen weiter reduzieren. Wir setzen uns dafür ein, dass das Nachtflugverbot auch wirklich eingehalten wird – auch bei wachsendem Flugverkehr.

Finanzen und HSH *(separat als grauer Kasten geplant)*

270 *Die vergangenen Jahrzehnte waren geprägt von der Haltung, dass sich der angeblich ineffiziente Staat zurückzieht. Er solle öffentliche Unternehmen privatisieren, Steuern senken und alles dem freien Spiel des Marktes überlassen. Die Finanz- und Weltwirtschaftskrise hat uns eines Besseren belehrt und diesen Irrglauben beendet. Spekulation und Gier haben die Welt an den Rand des Abgrundes getrieben. Es war die Politik, die als letzte Instanz eingegriffen und das Schlimmste verhindert hat. Es wurde deutlich, dass wir einen aktiven Staat brauchen, der die Märkte reguliert und für sozialen Ausgleich sorgt. Die Staaten in Europa haben milliardenschwere Rettungsschirme aufgespannt und Konjunkturpakete geschnürt und mussten dafür zusätzliche Schulden in horrender Höhe aufnehmen.*

280 *In Deutschland scheint die Wirtschaftskrise zunächst überstanden, aber die Lage in vielen Ländern Europas und der Welt ist weiterhin unsicher. Und an den Finanzmärkten droht eine neue Krise: die der Währungen. Der Staat muss seine Ausgaben und Schulden drastisch zurückfahren, um handlungsfähig zu bleiben.*

Die erdrückenden Zinszahlungen und die Steuersenkungen der letzten Jahre haben – vor allem zu Lasten der Bundesländer – dazu geführt, dass die Finanzierung der staatlichen Dienstleistungen nicht mehr im gewohnten Umfang gewährleistet ist. Gleichzeitig hat die Stadt zu wenig Geld für den notwendigen Ausbau von Kinderbetreuung, Bildung, Wissenschaft und sozialer Infrastruktur. Daran ändern auch die gegenwärtigen Steuermehreinnahmen nichts, da diese lediglich die ohnehin geplante Neuverschuldung mindern.

Man muss kein Mathematiker sein, um zu erkennen, dass die Stadt nicht gleichzeitig massiv in Kinderbetreuung, Bildung und Wissenschaft investieren, Gebühren senken und weitere Steuersenkungen verkraften kann.

Die Haushaltskrise zwingt zur politischen Schwerpunktsetzung. Einsparungen müssen die kulturelle, soziale und ökologische Infrastruktur schützen und die Handlungsfähigkeit der Verwaltung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger garantieren.

Wir wollen diese Zielkonflikte nicht mehr durch neue Schulden und zu Lasten kommender Generationen auflösen. Daher treten wir für eine wirksame Begrenzung der Staatsverschuldung ein und wollen den Hamburger Haushalt auf die Schuldenbremse vorbereiten, die ab dem Jahr 2020 ein Schuldenverbot vorsieht. Hierfür brauchen wir ein verbindliches und schrittweises Vorgehen und müssen deshalb schon jetzt die Neuverschuldung begrenzen.

Wir Grüne setzen uns ein für die Erhöhung der Erbschaftssteuer und des Spitzensteuersatzes. Auch eine zeitlich begrenzte Vermögensabgabe halten wir für sinnvoll. Die Hoheit dafür liegt aber beim Bund. Dort wollen wir uns für diese Maßnahmen stark machen.

Dennoch führt an Einsparungen kein Weg vorbei. Diese werden ohne eine Reform der Hamburgischen Verwaltung nicht möglich sein. An einigen Stellen gibt es Doppelarbeit und unklare Zuständigkeiten. Wir wollen diese Probleme gemeinsam mit den Beschäftigten und mit allen anderen Beteiligten angehen und dafür sorgen, dass die Hamburger Verwaltung noch effizienter, moderner und bürgerfreundlicher wird.

Vor dem Ende der Koalition haben wir einem Haushaltsplan mit ehrgeizigen Sparzielen zugestimmt. Auch wenn dieser Haushalt nicht mehr wie geplant verabschiedet werden kann, bleibt die Notwendigkeit zur Konsolidierung der Finanzen. Wer auch immer nach der Wahl regiert, muss sich dieser Aufgabe stellen.

310 HSH Nordbank

Zu Recht sind die Menschen wütend auf verantwortungslose Spekulanten und Banker, die die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelöst haben. Deshalb stoßen Rettungspakete für Banken verständlicherweise auf wenig Gegenliebe. Dennoch war es richtig und notwendig, dass der schwarz-grüne Senat die HSH Nordbank gerettet hat. Praktisch die gesamte Rederei- und Hafenbranche, das Herz der Hamburger Wirtschaft, wird von der HSH mit Krediten versorgt. Jeder zweite Mittelständler mit mehr als 100 Millionen Euro Umsatz in Norddeutschland hatte die HSH als Hausbank. Hamburg hätte im Fall der Pleite mit bis zu 40 Milliarden Euro für die Schulden der Bank haften müssen. Ein Konkurs der HSH Nordbank hätte Hamburg und die Wirtschaft nicht nur in Norddeutschland sondern europaweit in den Abgrund gerissen und eine ähnliche Krise auslösen können wie die Lehman-Pleite 2008. Hamburg lässt sich das Rettungspaket mit einer guten Verzinsung von der HSH bezahlen. Die Bank erholt sich, und es besteht die Hoffnung, sie bald verkaufen zu können. Wir haben durchgesetzt, dass der skandalumwitterte Vorstandsvorsitzende Dirk Jens Nonnenmacher endlich seinen Hut nehmen muss. Wir werden sehr genau darauf achten, dass sein Nachfolger die Bank umsichtig und erfolgreich führt.

2. Stadt der klugen Köpfe: Für Bildungsgerechtigkeit und Spitzenleistungen

Das haben wir erreicht:

- 330 • Mehr Betreuung für Hamburgs Kinder – mehr Spielraum für Hamburgs Eltern: Die Kita-Betreuung ist erheblich ausgebaut worden.
- Frühe Förderung für alle: Sowohl in der Kita als auch in der Vorschule ist das letzte Jahr vor der Schule kostenfrei.
- Mehr Lernzeit für Kinder: Wir haben 38 neue Ganztagschulen eingerichtet. Das schafft gute Startbedingungen für die Kinder und entlastet berufstätige Eltern.
- 335 • Bessere Lernbedingungen an den Schulen: Wir haben die Klassen verkleinert und hunderte zusätzliche Lehrer eingestellt. Diese haben künftig mehr Zeit für jedes einzelne Kind.
- Kinder fördern und nicht zurücklassen: Wir haben eine neue Lernkultur eingeführt und Sitzenbleiben abgeschafft. Jedes Kind wird individuell und nach seinen Talenten gefördert.
- 340 • Keine Restschule mehr: Die Hauptschule wurde abgeschafft. Sie galt als Abstellgleis. Mit der neuen Stadtteilschule gibt es ein attraktives Angebot für alle – bis hin zum Abitur.
- Keine Ausgrenzung behinderter Kinder: Kinder mit Behinderung haben das gesetzlich festgelegte Recht, eine allgemeine Schule zu besuchen und dort sonderpädagogisch gefördert zu werden.

Grüne Bildungspolitik wirkt

345 In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben wir in der Stadt für eine bessere und gerechtere Bildungspolitik gekämpft. Wir haben gezeigt, dass Grün in der Bildung den Unterschied macht. Wir konnten eine Kehrtwende einleiten hin zu moderner Bildung, mehr Gerechtigkeit und Integration.

350 Zu viele Jugendliche schaffen keinen Schulabschluss, zu wenige erreichen Spitzenleistungen. Und unser Bildungssystem benachteiligt Kinder und Jugendliche massiv, die aus sozial benachteiligten Familien kommen.

355 Bildung ist der Schlüssel für den wirtschaftlichen Erfolg Hamburgs. Bildung ist aber vor allem ein Menschenrecht. Sie ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Karrieren. Wir Grüne sind die Bildungspartei Hamburgs. Sollten wir an der nächsten Regierung beteiligt sein, wird Bildung ein Schwerpunkt bleiben.

Grüne Bildungspolitik lernt

360 Das längere gemeinsame Lernen war immer ein wichtiges Ziel grüner Bildungspolitik – weil es kombiniert mit besserem Unterricht die Bildungsgerechtigkeit erhöht und die Leistungen verbessert. Der verlorene Volksentscheid zur Primarschule war ein Rückschlag für alle Befürworter des längeren gemeinsamen Lernens. Dies lag auch an eigenen Fehlern: Wir haben die Einführung des längeren gemeinsamen Lernens an den Anfang eines umfassenden Reformprozesses gesetzt. Längeres gemeinsames Lernen bleibt unser Ziel. Denn nur so ist langfristig ein gerechtes und leistungsstarkes Bildungssystem erreichbar. Es kann allerdings nicht von oben verordnet werden – aber es kann von unten wachsen. Dieses Wachstum wollen wir begleiten und unterstützen.

365

Die Kita: Lernen und Spielen

Kinder und Eltern sollen sich in ihrer Kita wohlfühlen. Frühkindliche Bildung und liebevolle Betreuung sollen Hand in Hand gehen. Deshalb wollen wir die Kita als frühkindliche Bildungs-

370 einrichtung stärken und die Qualität des Bildungs- und Betreuungsangebots weiterentwickeln. Wir wollen die Personalausstattung in den Kitas verbessern und mehr pädagogisches Personal mit Hochschulabschluss und mit angemessener Bezahlung einstellen. In den ersten Kita-Jahren muss es noch mehr gezielte Sprachförderung geben. Die Übergänge von der Kita in die Vorschule oder Schule müssen flexibler werden.

375 Dabei soll die Kita für alle Eltern bezahlbar sein. Wir wollen eine Entlastung, insbesondere für Familien, die sie am dringendsten benötigen: Familien mit mehreren oder von Behinderung betroffenen Kindern sowie Erwerbslose und Geringverdiener. Wir haben verstanden, dass die Kita-Gebührenerhöhung im vergangenen Jahr von vielen Familien als zu große Belastung empfunden wurde. Wir wollen deshalb das Elternbeitragssystem so überarbeiten, dass am Ende alle Familien einen Beitrag nach ihren jeweiligen finanziellen Möglichkeiten leisten – ohne sie zu überfordern. Perspektivisch soll die frühkindliche Bildung kostenfrei werden.

380 Im August 2013 soll für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr ein bundesweiter Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung eingeführt werden. Das ist uns zu spät. Wir wollen zeitnah allen Zweijährigen einen fünfstündigen Betreuungsplatz anbieten. Das ist ein wichtiger Beitrag für mehr Bildungsgerechtigkeit.

385 **Die Stadtteilschulen: Allen Kindern die gleichen Chancen geben**

Die Stadtteilschule soll eine starke und attraktive Alternative zum Gymnasium sein. Sie bietet das Abitur nach Klasse 13 an. Die soziale Spaltung und die Ungerechtigkeit im Bildungswesen wird gemildert, wenn Jede und Jeder die Chance bekommt, den für sie oder ihn besten erreichbaren Abschluss zu machen – egal, wie gebildet die Eltern sind, wo sie wohnen und woher sie stammen. Stadtteilschulen müssen deshalb besonders unterstützt und in sozial benachteiligten Teilen unserer Stadt besser ausgestattet werden.

Nicht stehen bleiben: Für leistungsstärkere und bessere Gymnasien

395 Wir wollen auch das Gymnasium verbessern, um es leistungsstärker und pädagogischer zu machen. Es ist ein Angebot für Schülerinnen und Schüler, die in acht statt in neun Jahren ihr Abitur machen möchten. Diese werden dort so intensiv begleitet und gefördert, dass sie in der Mittelstufe weder sitzen bleiben noch abgeschult werden.

Ganztägige Bildung und Betreuung: Kostenfrei und für alle

400 Wir wollen in großem Umfang weitere Ganztagschulen einrichten. Sie sind die richtige Antwort auf die veränderten Bedürfnisse von Familien und geben mehr Zeit für modernen Unterricht und individuelle Förderung. Ganztagschulen arbeiten mit Freizeiteinrichtungen, Sportvereinen, Kultur und Jugendhilfe zusammen. Sie entwickeln sich nicht von oben, sondern in der Region und im Dialog.

405 Wir setzen dabei auf die Kooperation von Hortträgern und Schulen in der offenen Ganztagsbildung und -betreuung. Wir wollen die pädagogische Kompetenz der Hortträger nutzen, statt sie zu verdrängen. Das Ziel ist ein pädagogisch gutes Angebot von Bildung und Betreuung aus einer Hand – kostenfrei mindestens von 8 bis 16 Uhr. Besonders wichtig: Das Angebot ist offen für alle Kinder, egal ob ihre Eltern berufstätig sind und damit das Recht auf einen Kita-Gutschein haben oder nicht.

Jedes Kind gehört dazu: Keine Ausgrenzung behinderter Kinder

410 Kinder mit Behinderung haben das Recht, gemeinsam mit allen zu lernen. Im Schulgesetz haben wir dieses Recht verankert. Schritt für Schritt wird dieses nun umgesetzt. Hierfür benötigen die allgemeinbildenden Schulen eine gute Ausstattung. Wir wollen sie mit dem nötigen sonderpädagogischen, therapeutischen und sozialpädagogischen Personal ausstatten. Bei besonderen Bedürfnissen der Kinder sollen die Schulen zusätzliche Unterstützung erhalten. Hamburg soll

415 dabei an die erfolgreiche und bundesweit anerkannte Praxis der Integrations- und integrativen Regelklassen anknüpfen, ohne auf die umfassende sonderpädagogische Erfahrung aus den Sonder- und Förderschulen zu verzichten.

Den Eltern die Wahl: die Schule von der 1. bis zur 13. Klasse

420 Wir wollen das Angebot von Langformschulen von der 1. bis zur 13. Klasse erhalten. Bestehende Langformschulen sind sehr beliebt und erfolgreich. Deshalb sollen sie dort möglich werden, wo sie vor Ort gewünscht sind. Grundschulen und Stadtteilschulen, die sich zusammenschließen wollen, brauchen gute Rahmenbedingungen und eine besondere Ausstattung. Hamburgs Kinder und Eltern sollen auch die Möglichkeit haben, sich für längeres gemeinsames Lernen ihrer Kinder zu entscheiden. Nur so schaffen wir einen wirklichen Schulfrieden.

425 Doppelte Chancen: Berufsausbildung und Hochschulreife

Grüne Bildungspolitik hat immer das Ziel, Möglichkeiten der Weiterqualifizierung zu erhalten. In der Oberstufe an Stadtteilschulen soll es deshalb in Zusammenarbeit mit beruflichen Schulen ermöglicht werden, eine Berufsausbildung zu machen und gleichzeitig die Hochschulreife zu erwerben. Auch wollen wir es Menschen mit beruflicher Qualifizierung erleichtern, ohne Abitur zu studieren.

Berufsschulen: Ausbildung statt Warteschleife

Junge Menschen sollen eine Ausbildung genießen, statt Zeit zu verlieren. Deshalb wollen wir Jugendliche durch eine Stärkung der Berufs- und Studienorientierung besser auf den Übergang in Ausbildung und Studium vorbereiten. Alle Schülerinnen und Schüler sollen am Ende der 10. Klasse eine Orientierung über ihren weiteren Weg bekommen und bereit für die Ausbildung sein. Dazu arbeiten Stadtteilschulen und berufliche Schulen eng zusammen. Das Ziel lautet: „Kein Abschluss ohne Anschluss“.

440 Entweder erhalten die Jugendlichen einen Ausbildungsplatz in einem Betrieb oder sie werden in Berufsschulen auf den Job vorbereitet. Für diejenigen, die das Ziel verfehlen, bleiben die Produktionsschulen eine wichtige Hilfe auf dem Weg zur Ausbildung.

Wir wollen die beruflichen Schulen unter gleichberechtigter und paritätischer Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern weiterentwickeln. Dazu gehört auch ein Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen.

Bildungsstätten als Orte des Arbeitens

445 Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen sollen Orte sein, an denen alle Menschen gern und erfolgreich arbeiten. Deshalb wollen wir die Arbeitsbedingungen und die Organisation dort verbessern. Vertrauensvolle Beziehungen und Kooperation im Team der unterschiedlichen Professionen können mit der momentanen Arbeitsbelastung nur schwer entstehen. Wir befürworten deshalb flache Hierarchien und eine Feedback-Kultur.

450 Hochschulen: Ausbildung wie Forschung sind wichtig

Hamburgs Hochschulen sind ein Schlüssel zur Zukunft der Stadt. Die Lehre darf sich nicht allein an kurzfristigen Interessen einzelner Wirtschaftszweige orientieren. Hamburg bildet aber immer noch zu wenig Studierende aus. Der Anteil der Berufstätigen mit Hochschulabschluss ist im Vergleich zu anderen Großstädten zu gering. Hier müssen wir aufholen, weil der Bedarf an Absolventinnen und Absolventen steigt.

455 Dafür müssen sich die Hochschulen auf unterschiedliche Zielgruppen einstellen. Noch immer studieren überwiegend Kinder aus Akademikerfamilien. Wir arbeiten bereits daran, dass mehr

Kinder Abitur machen. Der nächste Schritt muss sein, mehr Jugendliche an die Hochschulen und zum Studienerfolg zu führen.

460 Die Ausbildung an Hochschulen ist genauso wichtig wie die Forschung. Noch immer ist die Zahl der Masterstudienplätze zu gering. Das führt dazu, dass gerade in kleineren Fächern keine Masterabschlüsse angeboten werden. Wir wollen ausreichende Plätze für Masterstudiengänge in allen Fachrichtungen. Ein Fachwechsel muss dabei möglich bleiben. Ein fächerübergreifender Master soll eingeführt werden. Es muss klar und nachvollziehbar werden, wie man den Zugang zu einem Masterprogramm erreicht.

465 Der Zugang zu höherer Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Im schwarz-grünen Bündnis haben wir eine Reduzierung der Studiengebühren durchgesetzt. Fällig werden sie zudem erst nach dem Examen und bei einem Einkommen ab 30.000 Euro jährlich. Ein gebührenfreies Erststudium bleibt weiterhin unser erklärtes Ziel. Dadurch darf sich aber nicht die Qualität der Lehre verschlechtern.

470 Für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen sind leistungsfähige Kommunikationswege und nachhaltige Entscheidungsstrukturen notwendig. Die Reform des Hamburger Hochschulgesetzes in der letzten Legislaturperiode ging hier zu weit. Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes wollen wir den Hochschulen Strukturen geben, die sie in einer globalisierten Wissensgesellschaft arbeitsfähig erhalten, aber auch die notwendigen Beteiligungsmöglichkeiten garantieren.

Chancen für alle: Anerkennung ausländischer Qualifikationen

Wir brauchen alle Fachkräfte. Ausländische Bildungsabschlüsse sollten deshalb besser und schneller anerkannt werden. Für Ausbildungen und Berufe in Landeszuständigkeit wollen wir einen Rechtsanspruch auf ein schnelles und transparentes Anerkennungsverfahren schaffen. Dabei muss der Vergleich tatsächlich vorhandener Kompetenzen der Ausgangspunkt sein. Das Angebot von Nach- und Anschlussqualifizierungen wollen wir ausbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Länder ihre jeweiligen Anerkennungsergebnisse gegenseitig akzeptieren. Für die Berufe, für die der Bund zuständig ist, setzen wir uns für einen entsprechenden Rechtsanspruch in einem Bundesgesetz ein.

3. Stadt der Bürgerinnen und Bürger

Das haben wir erreicht:

- Wir haben in Hamburg die direkte Demokratie verbindlich gemacht und die Mitbestimmungsmöglichkeiten beim Wahlrecht ausgeweitet.
- 490 • Wir haben mit einem neuen Informationsfreiheitsgesetz die Auskunftsrechte der Bürgerinnen und Bürger erweitert.
- Wir haben den Hamburgischen Strafvollzug auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt und einen Umstrukturierungsprozess eingeleitet.
- Wir haben für Flüchtlinge 500 Plätze pro Jahr in Deutschkursen geschaffen.
- 495 • Wir haben die Abschiebung von Flüchtlingen in den Iran, nach Syrien, Afghanistan und nach Guinea gestoppt. Es gibt keine Rücküberstellungen nach Griechenland mehr und keine Abschiebung von Minderheiten in den Kosovo.
- Mit der Arbeitsstelle Vielfalt wurde eine Anlaufstelle für Fragen zu Rassismus, Chancengleichheit, Geschlechterpolitik und Rechtsextremismus geschaffen.
- 500 • Wir haben das Recht auf Bildung für Kinder von Papierlosen gesichert.
- Wir haben Anti-Konflikt-Teams bei der Polizei geschaffen.

- Wir haben das Prioritäre Jugendstrafverfahren eingeführt, das der schnelleren Verurteilung von Schwellentätern dient.
- Wir haben strenge Regeln für die Videoüberwachung öffentlicher Gebäude durchgesetzt.

505 **Freiheit, Selbstbestimmung, Verantwortung**

Großprojekte oder Moscheebauten, Stadtplanung oder Bildung: Bürgerinnen und Bürger mischen sich ein, artikulieren ihre Interessen und machen klar, dass parlamentarische Mehrheiten nicht ausreichen, wenn der gesellschaftliche Rückhalt fehlt. Das ist Ausdruck lebendiger Demokratie. Dies stellt nicht nur Parteien, sondern auch Kirchen, Gewerkschaften und andere Verbände vor neue Herausforderungen. Ihre Mechanismen zum Ausgleich von Interessen werden in Frage gestellt. Das gesellschaftliche Leitbild der Grünen ist geprägt von anregender Vielfalt statt Einfalt, von Eigeninitiative statt Bevormundung, von Gemeinsinn statt Eigeninteresse

Wir sind Bürgerinnen und Bürger und keine Kunden des Staates. Wir müssen selbstbestimmt und verantwortlich handeln, um uns nicht in gegenseitiger Blockade lahm zu legen. Voraussetzungen dafür sind die Transparenz politischer Entscheidungen und die freie Meinungsäußerung ohne Angst vor Repression und Überwachung. Werte wie Solidarität, Toleranz und Verlässlichkeit gilt es zu bewahren. Minderheiten brauchen verlässlichen politischen Schutz. Auch die leiseren Stimmen müssen weiterhin gehört werden.

Wir setzen uns ein für eine offene Gesellschaft, in der allen Menschen frei und ohne Angst leben können. Kriminalität ist dafür eine Bedrohung. Um sie wirkungsvoll zu bekämpfen und zu ahnden, müssen Polizei und Justiz gut ausgebildet, effektiv organisiert und modern ausgerüstet sein.

Mitentscheiden und Mitverantworten: Für eine neue Beteiligungskultur

Aus der Niederlage beim Volksentscheid zur Primarschule haben wir gelernt: Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr – und vor allem andere – Mitwirkungsmöglichkeiten. Denn Beteiligung ist mehr als die Abstimmung über Sachfragen. Dabei steht aktive Information am Anfang, nicht am Ende des Entscheidungsprozesses. Volks- und Bürgerentscheide sind nur ein letztes Mittel der Mitbestimmung. Beteiligung und Verantwortung gehen Hand in Hand. Beteiligungsverfahren müssen so ausgestaltet sein, dass Mitentscheidung kein Privileg einer gebildeten, wohlhabenden Minderheit ist. Und es muss sichergestellt sein, dass auch die Interessen derer, die von formalen Beteiligungsverfahren ausgeschlossen sind – Kinder und Menschen ohne deutschen Pass –, Berücksichtigung finden. Vermittlung durch Mediatoren kann dazu beitragen, Kompromisse zu finden und Lösungsalternativen herauszuarbeiten.

Eine funktionierende Beteiligung ist keine Garantie für einen Erfolg in der Sache. Aber sie wird immer häufiger eine wesentliche Voraussetzung dafür sein – und sie verleiht Legitimation und schafft damit Akzeptanz für kontroverse Entscheidungen.

Demokratie braucht Transparenz

Mit dem Informationsfreiheitsgesetz haben wir die rechtliche Grundlage für Transparenz des Behördenhandelns geschaffen. Die Informationen gehören nicht dem Beamtenapparat, sondern den Bürgerinnen und Bürgern. Transparenz erzeugt Rechtfertigungsdruck, deshalb kann sie zu sachgerechten und tragfähigen Entscheidungen beitragen.

Transparenz gilt für alle, die Macht und Einfluss haben. Deshalb müssen auch die Initiatorinnen und Initiatoren von Volks- und Bürgerbegehren sowie ihre Unterstützer offenlegen, wer sie sind und wie sie sich finanzieren.

Ebenso muss eine demokratische und transparente Entscheidungsfindung Maßstab für die Fortentwicklung staatlicher Strukturen sein – etwa bei der Gewährung größerer Autonomie für Staatsanwaltschaft und Gerichte. In den vergangenen Jahren haben wir in Hamburg solche Au-

tonomiemodelle entwickelt, nun wollen wir uns auf Bundesebene für eine stärkere Selbstständigkeit der Justiz einsetzen.

550 **Medien- und Netzpolitik**

Das Internet hat eine gesellschaftliche Revolution ausgelöst, indem es unser Arbeiten, unsere Kommunikation und kulturellen Aktivitäten massiv verändert. Der Staat hinkt mit seinen Reaktionen auf diese Entwicklung hinterher: Er reagiert langsam, wenig koordiniert und häufig mit dem Versuch, herkömmliche Regelungen zu übertragen –was im Internet oft nicht funktionieren kann. Eine aktive Netzpolitik ist uns deshalb ein wichtiges Anliegen. Sie muss Freiheiten schützen und regeln, was sinnvoll geregelt werden kann.

Für uns gilt der Grundsatz der Netzneutralität: Die Freiheit, Daten zu versenden und zu empfangen, darf nicht beschränkt werden; es darf auch kein Internet der zwei Klassen geben. Wir sind gegen Netzsperrungen und gegen eine flächendeckende Überwachung des Internets. Verbraucher- und Datenschutz muss auch im Internet gewährleistet werden. Dafür brauchen wir wirksame Regeln. Wir setzen uns ein für eine nutzenorientierte Ausrichtung des Urheberrechts, die eine weitreichende Kriminalisierung vermeidet und Abmahn-Abzocke beendet. Der gescheiterte Jugendmedienstaatsvertrag war das Ergebnis einer komplizierten Kompromissfindung, die aber im Netz nicht praktikabel gewesen wäre. Ein neuer Versuch muss auf Regelungen verzichten, die lediglich zu einer Verlagerung von Online-Angeboten führen.

Selbstbestimmung braucht Datenschutz und Verbraucherrechte

Ein selbstbestimmter Umgang mit den eigenen Daten setzt voraus, dass die Einzelnen über Preisgabe und Verwendung bewusst selbst entscheiden können. Dazu müssen wir sie schützen – vor wirtschaftlichem Druck und vor staatlicher Überwachung. Ob Google Street View, Arbeitnehmerdatenschutz oder der Austausch von Finanz- und Fluggastdaten: Wir wollen unseren erfolgreichen Einsatz für den Datenschutz fortsetzen – mit Initiativen für Hamburg, im Bund und auf internationaler Ebene.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben einen Anspruch auf gute, gesunde und faire Produkte. Jeder soll wissen, woher sie stammen, wie sie hergestellt werden und was sie enthalten. Wer wählen will, braucht Auswahl. Auch in Zukunft werden wir uns für Transparenz, echte Wahlfreiheit und für einen nachhaltigen Konsum einsetzen.

Eine Stadt lebt von ihrer Vielfalt

In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Gesinnung, Religion und sexueller Identität. Die in dieser Vielfalt vorhandenen Potentiale gilt es zu nutzen für eine soziale und nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Die Förderung von Vielfalt ist und bleibt für uns eine wichtige Aufgabe.

Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration sind gegenseitiger Respekt, ein selbstbewusster Umgang mit der eigenen Identität und gemeinsame Sprachkenntnisse. Die populistische Debatte um die so genannte „Integrationsverweigerung“ bedient verbreitete Vorurteile und sie fordert eine einseitige Anpassung. Sie ist vor allem eine Integrationsbremse und ignoriert das überwiegend gut funktionierende Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen in Hamburg.

Diskriminierung hat viele Gesichter. Mit dem Antidiskriminierungsgesetz gibt es eine rechtliche Handhabe gegen Benachteiligungen aus Gründen der Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität. Wir wollen die von uns eingerichtete behördliche Information und Beratung in Diskriminierungsfällen weiterführen und ausbauen.

Vielfalt ist nicht zu verwechseln mit Beliebigkeit. Toleranz und Respekt bedingen einander. Rechtsextremismus ist längst keine Randerscheinung mehr. In allen gesellschaftlichen Gruppen

595 treffen rechtsextreme Einstellungen auf Zustimmung. Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus stehen dabei an erster Stelle, gefolgt von Antisemitismus. Die Anzahl rechtsmotivierter Gewalttaten steigt. Dagegen müssen wir handeln und gleichzeitig werben für Toleranz und ein demokratisches Bewusstsein. Dazu wollen wir zivilgesellschaftliche Initiativen fördern, ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus aufbauen und die Arbeitsstelle Vielfalt weiter nutzen.

600 **Gleichstellung und neue Rollenbilder**

Für einen gerechten Anteil von Frauen und Männern an Führung und Verantwortung müssen Familie und Beruf besser miteinander vereinbar werden. Dafür braucht es konkrete Perspektiven für Wiedereinstieg und Aufstieg nach einer Familienphase ebenso wie flexible Arbeitszeitmodelle und den Ausbau einer guten Kinderbetreuung.

605 Frauen verdienen bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit immer noch weniger als Männer. Eine Angleichung der Löhne bleibt deshalb ein zentrales Anliegen unserer Gleichstellungspolitik.

Wir wollen, dass mehr Frauen in Aufsichtsräte und Vorstände der großen Unternehmen einziehen – und auch ins Management der öffentlichen Unternehmen Hamburgs. Wir haben uns für eine bundesgesetzliche Regelung zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen eingesetzt. In Hamburg wollen wir eine geschlechtergerechte Besetzung von Gremien verankern, bei denen die Stadt Hamburg Mitglieder benennt.

610 Geschlechtergerechtigkeit ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, Frauenförderung ist dabei nur ein Teil der Lösung. Neue Rollenbilder sind gefragt: Davon profitieren Männer und Frauen.

615 **Verantwortung wahrnehmen – Schwache schützen**

In Hamburg leben etwa 5.000 Menschen jahrelang nur „geduldet“, sie dürfen hier nicht arbeiten oder lernen. Wir möchten, dass sie endlich in Hamburg ankommen und ihr Leben eigenverantwortlich führen können. Dafür wollen wir landespolitische Spielräume ausschöpfen, um ihnen den Zugang zu Deutschkursen, Kita und Schule, Ausbildung, Arbeit und Wohnung zu gewähren.

620 Abschiebungen und Abschiebehaft sind traumatische Erlebnisse. Wo wir sie politisch nicht verhindern können, müssen höhere Mindestanforderungen als bisher gelten. Besonders schutzbedürftige Gruppen wie Minderjährige, Schwangere, Kranke und Alte sollen nicht in Abschiebehaft genommen werden. In der Abschiebehaft wollen wir die Bedingungen verbessern, das gilt insbesondere für Beratungs- und Kontaktmöglichkeiten. Wir brauchen Clearingverfahren für Flüchtlinge. Abschiebungen in Krisengebiete wie Tschetschenien, Iran oder Guinea lehnen wir genauso ab wie Rücküberstellungen nach Griechenland.

625 Auch Menschen ohne Aufenthaltspapiere haben das Recht auf Bildung und Ausbildung, auf gesundheitliche Versorgung und auf Lohn für geleistete Arbeit. Dafür wollen wir uns einsetzen. Wir wollen, dass Flüchtlingsorganisationen in der Härtefallkommission vertreten sind.

Solidarität mit Opfern, Prävention und Resozialisierung

635 Kriminalitätsraten und die sozialen und kulturellen Lebensbedingungen hängen miteinander zusammen. Deshalb sind bessere Bildung, bessere Wohnverhältnisse und der Einsatz für gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum die beste Präventionsstrategie. Das umfasst die konsequente Bekämpfung von Obdachlosigkeit, wirksame Hilfen für Drogenkonsumierende und eine Stadtplanung, die Angsträume vermeidet.

640 Insbesondere männliche Jugendliche sind überdurchschnittlich oft Täter, aber auch Opfer von Gewalttaten. Wir brauchen schnelle und eindeutige Reaktionen der beteiligten Personen und Stellen. Um kriminelle Karrieren zu stoppen, müssen Strafen angemessen und spürbar sein – und gleichzeitig die Situation der Jugendlichen berücksichtigen. Dem schnellen und vernetzten

Eingreifen dient das von uns eingerichtete Projekt PriJus (Prioritäres Jugendstrafverfahren), das wir fortsetzen und ausbauen wollen.

645 Ein Strafvollzug, der auf Resozialisierung ausgerichtet ist, schützt die Opfer – weil er künftigen Straftaten vorbeugt. Mit der Neuordnung des Erwachsenen- und Jugendstrafvollzugs sowie der Untersuchungshaft haben wir die kurzfristige Law-and-Order Politik des CDU-Senators Roger Kusch beendet. Teure Überkapazitäten werden abgebaut. Wir wollen, dass der Offene Strafvollzug als Brücke in ein verantwortliches Leben in Freiheit weiter ausgebaut wird. Dazu muss die beschlossene Umstrukturierung des Strafvollzugs jetzt umgesetzt werden.

Eine Stadt braucht Öffentlichkeit: Gegen Überwachung und Repression

650 Der öffentliche Raum muss öffentlich bleiben. Ein Verdrängen von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen wird es mit uns nicht geben. Die Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze wollen wir zurückdrängen.

655 Die Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Gut. Sie verträgt sich nicht mit massiven Polizeiketten, hinter denen das Anliegen der Demonstration verschwindet. Auch in kritischen Situationen halten wir Augenmaß und deeskalierende Maßnahmen für wichtig. Wir haben die Einführung von Anti-Konflikt-Teams bei der Polizei durchgesetzt. Sie müssen konsequent eingesetzt werden. Wir wollen das Polizeigesetz überarbeiten und darin einen starken Grundrechtsschutz verankern.

660 Die Polizei muss präsent und ansprechbar sein, dafür ist bürgernahe Polizeiarbeit die wichtigste Grundlage. Knappe Ressourcen erfordern eine flexible Strategie, die zum Beispiel eine zeitweise Verstärkung in Brennpunkten zulässt. Dies kann Ansprechbarkeit und Prävention verbessern.

665 Polizei muss sich nicht verstecken und kann Kritik aushalten. Deshalb sollten alle Polizistinnen und Polizisten Namensschilder tragen. Unabhängige Beauftragte sollen Missstände oder Gewaltvorfälle aufklären und Sanktionen einleiten können.

Den Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund im Polizeidienst wollen wir weiter steigern. Fortbildung und Personalentwicklung sind Schlüsselfaktoren moderner Polizeiarbeit.

670 Notwendig sind aber auch demokratischere Führungsstrukturen und flachere Hierarchien. Der starke Zentralismus der Polizei hat zu üppig ausgestatteten Führungsstäben, fehlender Verantwortung im Mittelbau und einsamen Entscheidern an der Spitze geführt. Wir werden uns für eine umfassende Struktur- und Effizienzuntersuchung des Polizeiapparates einsetzen, um dieses Missverhältnis zu beenden.

675 Kriminalität ändert sich ständig. Zur wirksamen Bekämpfung braucht eine moderne Großstadt-polizei auch eine wissenschaftliche Polizeiausbildung. Sie könnte beispielsweise als Teil der HAW Forschung ermöglichen und ihre Abhängigkeit von der Polizeiführung überwinden.

Hamburg ist nicht allein in der Welt: Europa & Internationales

680 Hamburg trägt als Weltstadt globale Verantwortung. Deswegen wollen wir in Hamburg koloniale Spuren aufarbeiten, Hamburg zu einer fairen und Handelsstadt weiterentwickeln und den Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik stärken. Ob Wirtschaft, Umwelt, Bildung, Kultur oder Migration: Hamburg kann in seiner Entwicklungszusammenarbeit und mit seinen Städtepartnerschaften viel tun. Gerade in der Zusammenarbeit mit unseren engsten Städtepartnern, St. Petersburg und Shanghai, werden wir auch immer wieder die Einhaltung der Menschenrechte thematisieren.

685 Der EU-Reformvertrag von Lissabon und der Subsidiaritätsgrundsatz bieten die Möglichkeit, sich auf vielfältige Weise in den Gesetzgebungsprozess in der Europäischen Union mit einzubringen. Diese Gelegenheit soll nicht ungenutzt bleiben. Hamburg soll Vorbild darin werden,

dass die Menschen über anstehende europäische Entscheidungen informiert und an der Positionierung der Stadt beteiligt werden.

4. Stadt der Solidarität

690 Das haben wir erreicht:

- Die soziale Stadtteilentwicklung wurde neu aufgestellt und intensiviert.
- Wir haben Maßnahmenbündel für mehr bezahlbaren Wohnraum in Hamburg geschnürt: Der soziale Wohnungsbau wurde verdoppelt, Gewerbeflächen werden für Wohnungsbau freigegeben, alteingesessene Bewohner in beliebten Quartieren werden vor Verdrängung und Luxussanierungen besser geschützt; städtische Grundstücke werden nicht mehr nur im Höchstpreisverfahren verkauft.
- 695 • Mobilität für sozial Benachteiligte: Das Sozialticket wurde wieder eingeführt.
- 3.000 Plätze in der Quartiersarbeit wurden geschaffen.
- Wir haben die Maßnahmen für sozial benachteiligte Familien ausgebaut: Es gibt mehr Eltern-Kind-Zentren, mehr Straßensozialarbeit und Familienhebammen.
- 700 • Wir haben seit 2010 ein strenges Passivraucherschutzgesetz: Rauchen ist fast nur noch in kleinen Kneipen ohne Speiseangebot erlaubt.

Unsere Stadt: Lebenswert für alle

705 Immer noch haben viele Menschen keinen genügenden Anteil am materiellen Wohlstand, keinen genügenden Anteil an Bildungschancen und keine ausreichende Möglichkeit, ihre Interessen zu artikulieren. Wenn relevante Teile der Bevölkerung von Teilhabe und Mitgestaltung ausgeschlossen sind, steht der Zusammenhalt der Stadt in Frage.

710 Die Grünen setzen auf die Weiterentwicklung Hamburgs als gerechte und lebenswerte Stadt, auf die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Entfaltungsmöglichkeiten jedes Einzelnen. Bildung, Arbeit und Familienförderung haben dabei einen besonderen Stellenwert, ebenso die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund.

Mit Wohnungspolitik sozial gestalten

715 Bis 2008 wurde Wohnungsbau vernachlässigt. Eigentum wurde besonders gefördert, bezahlbarer Wohnraum ist deshalb inzwischen knapp in Hamburg. Die politische Umsteuerung in diesem Feld kann nicht per sofort wirken, aber wir haben seit 2008 einen neuen Kurs im Wohnungsbau eingeschlagen und eine Vielzahl von Maßnahmen für gerechteres Wohnen auf den Weg gebracht. Wir haben die Zahl der jährlich geförderten Sozialwohnungen von 600 auf 1.200 verdoppelt und den Geschoss- und Mietwohnungsbau gezielt gefördert. Wir haben mit der SAGA/GWG vereinbart, dass sie deutlich mehr neue Wohnungen baut.

720 Stadtteile: Vielfalt erhalten, Vielfalt schaffen

Zum Schutz der Mieterinnen und Mieter haben wir in St. Georg, St. Pauli und dem Schanzenviertel soziale Erhaltungsverordnungen auf den Weg gebracht. Für weitere Stadtteile ist dies in Vorbereitung.

725 Wir streben an, dass künftig noch mehr Sozialbindungen angekauft oder verlängert werden. Mit einem neuen geförderten Preisbereich von 7 bis 9 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche wollen wir Haushalten mit mittleren Einkommen ein zusätzliches Angebot machen.

Baugemeinschaften fördern die Vielfalt und den sozialen Zusammenhalt der Quartiere und verhindern den Wegzug von weniger finanzstarken Familien ins Umland. Wir wollen, dass sie 20 Prozent aller zu vergebenden städtischen Grundstücke plus Förderung bekommen.

730 **Städtische Flächen: Wohnwert statt Verwertung**

Die GAL hat durchgesetzt, dass städtische Flächen nicht mehr meistbietend an Investoren gehen: Das sogenannte „Höchstgebotsverfahren“ haben wir abgelöst. Künftig muss die Grundstückvergabe nach der Qualität der eingereichten Konzepte erfolgen. Mietwucher wollen wir einen Riegel vorschieben. Das Land Hamburg hat dafür wenig Handhabe, deshalb wollen wir eine entsprechende Regelung im Bund voranbringen.

735

Wegweisende Stadtentwicklungsprojekte sind auf den Weg gebracht. An mehreren Orten entsteht neuer und bezahlbarer Wohnraum, beispielsweise auf den ehemaligen Bahnflächen in der Neuen Mitte Altona oder in der Hafencity. Dort sind Quartiere mit überwiegend Sozial- und Genossenschaftswohnungen geplant. In Wilhelmsburg werden durch die IBA und durch die Verlegung der Reichsstraße Flächen für den Neubau preisgünstiger Wohnungen frei. Wir wollen die Hamburger Wohnungsbaugenossenschaften dafür gewinnen, mehr neue Wohnungen zu bauen.

740

Bei der Stadtentwicklung muss preisgünstiger Wohnungsbau Vorfahrt haben. Wir haben durchgesetzt, dass Gewerbeflächen künftig für Wohnungsbau freigegeben werden, beispielsweise in Othmarschen und Lurup. Wir machen uns für weitere Umwidmungen stark.

745

Im Stadtteil zu Hause sein

Um die soziale Integrationskraft der Quartiere zu stärken, hat die GAL im Juli 2009 das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) auf den Weg gebracht. Die Stadtteilentwicklung wurde damit grundlegend reformiert. Ziel des Programms ist es, durch Bildung und Qualifizierung die individuellen Voraussetzungen der Menschen zur gesellschaftlichen Teilhabe zu verbessern. Ein Teil von RISE ist der Aufbau eines Sozialmonitorings. Dieses soll der Öffentlichkeit fundierte Informationen über die soziale Situation in unserer Stadt liefern. Es soll kenntlich machen, wo Förderung besonders sinnvoll ist. 24 Gebiete haben Zielvereinbarungen erhalten, für vier Stadtteile werden gegenwärtig Entwicklungskonzepte erarbeitet. Für den Osdorfer Born, Neuwiedenthal und Neuallermöhe sind Entwicklungsverfahren in Vorbereitung. Es ist uns wichtig, den mit RISE eingeschlagenen Weg der integrierten Stadtteilentwicklung fortzusetzen.

750

755

Arbeitsmarkt: Qualifikation statt Lohndumping

Obwohl die Konjunktur brummt, wächst die Zeitarbeit, und es gibt in fast allen Branchen mehr prekäre Arbeitsverhältnisse als vor der Krise. Wir brauchen deshalb den Mindestlohn für alle Branchen. Nachhaltige grüne Arbeitsmarktpolitik will Erwerbslose stärken, damit sie auf Dauer wieder im Arbeitsmarkt Fuß fassen. Niemand darf ohne Chance bleiben. Das heißt: Wir müssen mit einer beruflichen Bildungsoffensive dem Facharbeiter-Mangel begegnen. Wir müssen alle Menschen gut ausbilden und gezielt fördern – besonders Jugendliche mit schlechtem Schulabschluss.

760

765 **Quartier und Ökonomie: Arbeiten für den eigenen Stadtteil**

Der Arbeitsmarkt bleibt der wirksamste Motor der gesellschaftlichen Integration. Die Verknüpfung von Beschäftigungsförderung und Stadtteilentwicklung ist für uns ein sozialpolitischer Handlungsschwerpunkt. Wir müssen öffentlich geförderte Beschäftigung anbieten und individuelle Hilfe mit der Arbeit in sozialen und ökologischen Projekten in den Stadtteilen verbinden. Dazu gehören auch mehr sozialversicherungspflichtige Jobs.

770

Wir wollen eine unabhängige Sozialberatung aufbauen, die Hilfesuchende unterstützt. Die Bundesregierung kürzt 2011 massiv die Fördermittel für Arbeitslose. Hamburg muss deshalb

775 seine aktive Arbeitsmarktförderung beibehalten und besonders benachteiligte Zielgruppen fördern sowie Quartiersarbeit unterstützen. Arbeitsmarktpolitik wird hauptsächlich vom Bund bezahlt. Hamburg kann durch eine kluge Politik der Kofinanzierung gemeinsame Programme initiieren und beispielsweise für eine stadtteilorientierte Beschäftigungspolitik nutzen.

Mobilität ist Teilhabe

780 Mobilität ist eine Notwendigkeit für alle Menschen. Wir Grüne haben für die Wiedereinführung einer vergünstigten HVV-Zeitkarte für die ärmsten Hamburgerinnen und Hamburger gesorgt. Mehr als 46.000 Menschen nutzen derzeit diese Karte. Obwohl die Sozialkarte bereits in ihrer jetzigen Form ein großer Erfolg ist, suchen wir nach Möglichkeiten für ihre Verbesserung. Eine Übertragbarkeit von CC-Karten innerhalb von Familien wäre eine Option, damit sich benachteiligte Familien kostengünstig in der Stadt bewegen können.

Wachsen in der Stadt: Gute Chancen für Kinder und Jugendliche

785 Wir wollen ein starkes Netz für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt. Etwa jedes vierte Kind in Hamburg ist armutsgefährdet. Der Teufelskreis aus Armut und schlechten Bildungs- und Berufschancen lässt sich nicht allein durch Geld vom Staat durchbrechen. Daher wollen wir allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft die Chance auf einen erfolgreichen Bildungsweg eröffnen. Dieser fängt schon in der Kita an.

790 Den Kinderschutz durch eine aufsuchende Arbeit von Familienhebammen haben wir ausgebaut und wollen ihn weiter verbessern. Eltern brauchen Anlaufstellen im Stadtteil. Die Erfahrungen mit den neuen Eltern-Kind-Zentren zeigen, dass die Verknüpfung von Betreuung und Beratung gut ankommt. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder durch verbindliche Einladungen an den Vorsorgeuntersuchungen bei Kinderärzten teilnehmen.

795 Kinder und Jugendliche brauchen Bewegung, Natur, Freiräume und ausreichend Spielplätze – gerade in einer Großstadt. Deswegen treten wir für eine Stadtplanung ein, die diese Belange berücksichtigt. Für alle Kinder und Jugendlichen wollen wir die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit wohnortnah im Stadtteil erhalten. Zudem wollen wir mehr Straßensozialarbeiter auf Hamburgs Straßen und Plätzen haben.

800 Mädchen und Jungen brauchen geschlechtsspezifische Angebote zur Entwicklung der eigenen Identität. Stärker als bisher wollen wir Jungen fördern, denn sie haben zunehmend Probleme, ihre Rolle in der heutigen Gesellschaft zu finden.

Durch Maßnahmen in Schule und Jugendeinrichtungen wollen wir Jugendlichen bei der Entwicklung ihrer sexuellen Orientierung helfen – das gilt auch im Bereich der Homosexualität.

805 Alt werden, aktiv bleiben

Das Wissen und die Erfahrung der Älteren sind ein Potenzial, auf das wir nicht verzichten können. Angesichts des demografischen Wandels werden wir alle länger arbeiten müssen. Dafür müssen wir neue Wege in der Weiterbildung eröffnen. Die Seniorenbildung soll weiterentwickelt werden. Die gesellschaftliche Partizipation alter Menschen wollen wir stärken.

810 Pflege mit Würde

815 Mit dem demographischen Wandel steigt die Zahl pflegebedürftiger Menschen. Gleichzeitig verändern sich familiäre und soziale Netzwerke. Wir müssen auf diese Entwicklungen reagieren und die Qualität der Pflege verbessern. Menschenwürde und soziale Teilhabe müssen dabei gewährleistet bleiben. Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte älterer und betreuungsbedürftiger Menschen ein. Vorrangig wollen wir jene Wohnformen fördern, die die Selbständigkeit sowie nachbarschaftliches und generationenübergreifendes Zusammenleben mit professioneller Hilfe und Pflege verbinden. Wir treten ein für eine kultursensible Pflege, denn in Ham-

820 burg leben rund 470.000 Menschen mit Migrationshintergrund. Die Anforderungen an die Pflege steigen, Fachpersonal fehlt und Pflegekräfte sind häufig überlastet. Deshalb müssen wir die Attraktivität der Pflegeberufe verbessern. Wir treten für eine bessere Bezahlung der Fachkräfte ein und wollen für Hamburg eine Reform der Pflegeausbildungen erreichen.

Die Rechte von Menschen mit Behinderung verwirklichen

825 Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, dass sich Unterstützungsleistungen an den Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen orientieren. Dies drückt den Wandel von einer Politik der Fürsorge hin zu einer Politik der kulturellen, politischen und sozialen Rechte aus. Diesem Leitgedanken fühlen wir uns verpflichtet. Ein zentrales Instrument dabei ist die Erarbeitung eines Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Konvention in Hamburg.

830 Kinder mit Behinderung haben nun auch in Hamburg das Recht, eine Regelschule zu besuchen. Eine unerlässliche Voraussetzung für Teilhabe ist die Barrierefreiheit. Dies betrifft rollstuhlgerechte Verkehrsmittel ebenso wie Hilfen für Seh- oder Hörbehinderte und Informationen in einfacher Sprache.

Wohnung ist Grundrecht: Wohnen statt unterbringen

835 Die Zahl der Wohnungslosen so gering wie irgend möglich zu halten, ist die Aufgabe einer integrativen Wohnungspolitik. Dramatisch ist die Situation von Behinderten, chronisch Kranken und Alten. Weniger als ein Drittel der anerkannt vordringlich Wohnungssuchenden dieser Gruppe bekam 2009 eine Wohnung vermittelt.

840 Die Zahl der Wohnungslosen in öffentlicher Unterbringung liegt relativ stabil bei rund 3.000. Die Zahl der Obdach- und Wohnungslosen steigt allerdings an. Die Öffnung von Bunkern für Obdachlose im Rahmen des Winternotprogramms ist keine nachhaltige Antwort. Ein Ausbau der öffentlichen Unterbringung ist deshalb erforderlich. „Wohnen statt unterbringen“ muss das Ziel bleiben.

Gesundheit

845 Eine gute gesundheitliche Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger ist unser Ziel. Solidarität, niedrigschwellige Angebote und Prävention stehen für uns im Vordergrund. Hier haben wir vieles erreicht. Ewa den Pakt für Prävention und das Gesundheitsprojekt „Mit Migranten für Migranten“. Für die Versorgung von Menschen ohne Papiere entsteht eine Clearingstelle, die berät und Behandlungen vermittelt. Diese Ansätze wollen wir fortführen.

850 Ende 2009 musste das Rauchverbot überarbeitet werden. Gegen großen Widerstand haben wir eine Aufweichung des Nichtraucherschutzes verhindert. Unser Ziel bleibt ein absolutes Rauchverbot in der gesamten Gastronomie und in Diskotheken.

855 Der Gesundheitssektor ist für Hamburg ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Wir wollen ihn weiter fördern und den Qualitätswettbewerb voranbringen. Diese Förderung muss auch eine zentrale soziale Komponente beinhalten. Patientenrechte müssen gestärkt, die Gesundheitsversorgung aller Bürgerinnen und Bürger sowie gute Arbeitsbedingungen gesichert werden. Eine Privatisierung des UKE oder den Zukauf von Krankenhauskapazitäten durch Asklepios lehnen wir weiter ab.

Drogen und Sucht: Helfen statt kriminalisieren

860 Legal und illegaler Drogenkonsum sind gesellschaftliche Realität. Abhängigkeit kann dabei mit Repression nicht wirksam bekämpft werden, daher stellen wir Prävention und Hilfen für Betroffene ins Zentrum unserer Politik. Neue Ansätze gegen die Drogenkriminalität wollen wir unvoreingenommen prüfen, etwa partielle Legalisierung oder staatlich kontrollierte Drogenabga-

be. Zudem unterstützen wir ein Pilotprojekt „Drugchecking“ für Hamburg, das Konsumenten vor gepanschten Drogen schützt.

865 Wir wollen das Drogenhilfesystem evaluieren und weiterentwickeln, besonders bei Verhaltenssüchten wie etwa der Spielsucht. Gerade Spielautomaten und -hallen sind trotz hoher Suchtgefahr nur unzureichend reguliert. Wir wollen landesrechtliche Möglichkeiten für eine sinnvolle Regulierung ausschöpfen und eine Bundesratsinitiative starten.

Sport: Hamburg bewegt sich

870 Sport hat einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Seine Bedeutung für Rehabilitation, Integration und Gewaltprävention ist hoch. Die GAL setzt sich für eine Förderung dreier Säulen des Sports ein: Spitzensport, Breitensport und Behindertensport.

875 Die Spitzenevents des Hamburger Sports (Marathon, Triathlon, Cyclastics) sollen weiter unterstützt werden. Im Breitensport gilt es, die Bewegungsangebote für Kinder im Vorschulalter auszubauen. Die Sanierungsoffensive für öffentliche und vereinseigene Sportanlagen muss weitergehen, ebenso die Sanierung und der Neubau von Schulturnhallen. Im Leistungs- und Wettkampfsport brauchen wir angemessene Sportstätten und Nachwuchsförderung. Wir wollen die Einbeziehung des Behinderten- und Gehörlosensports in den Hamburger Breitensport verbessern.

5. Stadt der Wissenschaften und der Künste

880 Das haben wir erreicht:

- Hamburg will nach oben: Wir haben die Wissenschaftsstiftung ins Leben gerufen, um exzellente Forschungsvorhaben gezielt und qualitätsorientiert zu fördern. Damit stärken wir den Wissenschaftsstandort Hamburg.
- 885 • Brücken bauen: Mit unserer Unterstützung hat die Universität die Akademie der Weltreligionen gegründet, um den interreligiösen Dialog der großen Glaubensgemeinschaften zu fördern.
- 890 • Mehr Frauen in die Wissenschaft: Erstmals wird mit dem Programm „pro excellenzia“ weiblicher Nachwuchs in der Hamburger Hochschullandschaft gezielt gefördert. Das Programm hat insbesondere den Nachwuchs aus den Naturwissenschaften sowie Musik, Kunst und Architektur im Fokus, weil in diesen Fächern der Frauenanteil besonders gering ist.
- Hamburg baut: Der Campus Finkenau wurde ausgebaut, die TU in Harburg bekommt ein neues Hauptgebäude, der Grundstein für die Hafen-City-Universität (HCU) ist in der HafenCity gelegt. Erhalt und bauliche Entwicklung der Universität in Eimsbüttel wurden ermöglicht.
- 895 • Erhalten und gestalten: Hamburg hat das Gängeviertel zurückgekauft und vor dem Abriss bewahrt. Wir wollen, dass gemeinsam mit den Künstlern der Initiative „Komm in die Gänge“ das Gängeviertel wieder zu einem lebendigen Ort wird.
- Film ab: Wir haben die Mittel für die Filmförderung deutlich erhöht – damit Hamburg in der internationalen Filmproduktion handlungsfähig bleibt.
- 900 • Mehr für die Off-Kultur: Die freie Szene und die Off-Kultur geben entscheidende Impulse für innovative Entwicklungen im Hamburger Kulturleben. Deshalb bekommen sie erstmals Fördermittel.
- Künstler und Kreative stärken: Wir haben die Hamburg Kreativ Gesellschaft gegründet und mit entsprechenden Mitteln ausgestattet. Sie soll für alle Künstler und Kreativen in der Stadt 905 Anlaufstelle sein, um drängende Probleme zu lösen.

Kunst und Wissenschaft: Tore zur Welt

Hamburg war stets eine Stadt des Handels und der Schifffahrt und weniger ein Ort der Wissenschaft und Künste. Eine Stadt, die Metropole sein will, braucht mehr als ein Standbein für ihre Identität und den wirtschaftlichen Erfolg. Obwohl Hamburg erst spät zur Forschungs- und
910 Universitätsstadt wurde, sind wir heute ein bedeutender Medienstandort. Verlage, Film- und Musikindustrie, Werbung und Design sind Arbeitgeber für zehntausende Menschen. Dieses Potential müssen wir nutzen und ausbauen.

Hamburg verfügt über große und bedeutende Bühnen, Museen und Hochschulen. Hamburg hat Hochschulen, die leistungsfähig sind, aber auch Probleme haben. Ihre Qualität und ihr Ruf
915 müssen verbessert werden. Wir brauchen auf diesen Gebieten eine neue Orientierung, um mehr Forscher und Künstler in die Stadt zu holen. Um dies zu erreichen, sind große Anstrengungen und eine kluge Förderung von Wissenschaft und Kunst nötig.

Hamburg – Stadt der Wissenschaft

Hamburg verfügt über zahlreiche Einrichtungen von nationaler und internationaler Bedeutung: Das Desy, in dem eine internationale Physikerelite die Grundstrukturen der Materie und den Aufbau des Kosmos erforscht, am Klimacampus werden die Veränderungen des Klimas und die weitreichenden Auswirkungen auf die Menschheit untersucht. Die vernetzte Zusammenarbeit von Natur- und Sozialwissenschaften soll dabei Ausgangspunkt für eine neue interdisziplinäre Forschungskultur sein. Das von Jan Philipp Reemtsma begründete Institut steht für führende Sozialforschung. Auf Betreiben der GAL ist die Ernst Cassirer Stiftung gegründet worden. Sie fördert Hamburger Forschungsprojekte mit zusätzlichen 11 Millionen Euro jährlich. Mit der Akademie der Weltreligionen wurde in der letzten Wahlperiode eine fächerübergreifende Einrichtung an der Universität geschaffen, in der zur Rolle der Weltreligionen und unserer heutigen Gesellschaft geforscht wird. Gleichzeitig sollen dort universitäre Ausbildungen für Religionslehrer der verschiedenen Richtungen stattfinden. Die Akademie soll dem interreligiösen Dialog neue Impulse geben.
920
925
930

Exzellenz und Attraktivität: Hamburgs Hochschulen profilieren und finanzieren

Dennoch hat Hamburg Nachholbedarf. Der Großteil der Forschungsförderung des Bundes ging bisher an süddeutsche Adressen. Im Bereich der angewandten Wissenschaften ist es zwar gelungen, ein Fraunhofer Institut für Maritime Logistik und Dienstleistung (CML) nach Hamburg zu holen. Aber das ist noch nicht genug. Hamburg hat mit der HAW eine große und erfolgreiche Hochschule. Hier gäbe es Chancen, Projekte anzusiedeln, beispielsweise in den Bereichen Off-Shore-Windenergie und Umwelttechnik. Dafür müssen auch die Kooperation zwischen den Hamburger Hochschulen gestärkt und Differenzierungen innerhalb von Einrichtungen zugelassen werden. Es ist unser Ziel, die nachhaltige Hochschule zum Leitbild unserer Wissenschaftspolitik zu machen.
935
940

Die Hamburger Hochschulen haben sich aus eigener Kraft auf den Weg gemacht, neue Exzellenzbereiche aufzubauen. Diese Anstrengungen können jedoch nur zum Erfolg führen, wenn Hamburg seine Universitäten askömmlich finanziert, deren Ausbau garantiert und eine gleichberechtigte Teilhabe der Geschlechter ermöglicht.
945

Besonders wichtig ist uns die Förderung des akademischen Nachwuchses. Vorbildlich geschieht dies bereits im Programm „pro exzellenzia“. Die Einführung von so genannten Tenure Tracks – also verlässlichen Wegen zu einer unbefristeten Stelle – ist ein wichtiger Schritt, dass der wissenschaftliche Nachwuchs bessere und verlässlichere Perspektiven bekommt. Befristete, prekäre und nebenberufliche Beschäftigungsverhältnisse dürfen für Daueraufgaben in Forschung und Lehre nicht länger der Normalfall sein. Um zu attraktiveren wissenschaftsadäquaten Bedingungen zu kommen, setzen wir uns dafür ein, die Tarifsperr im Wissenschaftszeitvertragsgesetz aufzuheben. Außerdem wollen wir gezielt Juniorprofessuren in Potentialbereichen schaffen.
950

955 Die Wissenschaftsfinanzierung muss überdacht werden. Zurzeit müssen die Bundesländer die staatlichen Hochschulen allein finanzieren, der Bund darf sich gar nicht beteiligen. Dieses Kooperationsverbot muss aus unserer Sicht schnellstmöglich aufgehoben werden. Die staatlichen Hochschulen bilden dringend benötigte Akademiker aus; das sollte auch der Bund anerkennen und finanziell unterstützen.

960 **Hochschulausbau: Chance für die Stadt**

Die Universität Hamburg soll am Standort Eimsbüttel erweitert und modernisiert werden. Wir wollen, dass dabei der Neubau des Klimacampus als Modellprojekt für nachhaltiges Bauen gestaltet wird. Hamburg will jährlich bis zu 100 Millionen Euro für die Erweiterung und Modernisierung seiner Hochschulbauten investieren. Wichtig ist uns, dass alle nötigen Plan- und Genehmigungsverfahren in Eimsbüttel intensiv diskutiert und abgestimmt werden.

Hamburg – Stadt der Künste

Die Kultur ist den Hamburgerinnen und Hamburgern eine Herzensangelegenheit. Das hat sich im Herbst gezeigt, als Tausende für das Altonaer Museum, die Bücherhallen und das Schauspielhaus auf Straßen und Bühnen demonstrierten. Im kulturellen Alltag bleiben die Besucher leider manchmal aus. Wir haben verstanden: Die Kultureinrichtungen sollen bleiben – und dafür müssen wir sie ändern. Das ist die Aufgabe, die Politik und Kultureinrichtungen gemeinsam lösen müssen. Dabei muss die Politik die Kulturstätten ausreichend finanzieren. Die Aufgabe der Kulturstätten ist es, mit interessanten Konzepten und Vorstellungen Besucher und Gäste anzuziehen.

975 **Kultur macht Hamburg attraktiv – Attraktivität muss sich bezahlt machen**

Der Kulturetat ist unterfinanziert. Deshalb hat die GAL die Idee einer Kulturtaxe ins Spiel gebracht: Auf jede Hotelübernachtung in Hamburg soll eine geringe Gebühr erhoben werden, die jährlich rund 10 Millionen Euro einbringt. Nach Ende der Koalition war die Kulturtaxe eines der ersten grünen Projekte, das die CDU-Restregierung von der Tagesordnung gestrichen hat. Wir wollen diese Abgabe rechtssicher und konkret einführen: Damit der Kultur dauerhaft zusätzliche Mittel zufließen – und zwar nicht für Eventkultur oder Hamburg-Marketing, sondern für das Besondere.

Museen: Unsere reiche Vergangenheit muss uns etwas wert sein

Die Museen sind gegenwärtig das Problemfeld der Kulturpolitik. Nahezu alle städtischen Museen Hamburgs stecken in finanziellen Schwierigkeiten. Leider gelingt es einigen Häusern immer weniger, ausreichend Besucher anzuziehen. In den vergangenen Jahren hat die Stadt große Anstrengungen unternommen, um die Museen aus der Krise zu führen. Die Häuser wurden mehrfach entschuldet, die städtischen Zuwendungen wurden erhöht. Damit konnten nicht alle Probleme gelöst werden: Die Museen müssen moderner werden und sich stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Bei diesem Modernisierungsprozess wollen wir sie unterstützen. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass die Sparvorgabe ausgesetzt wird. Die Stiftung Historische Museen erarbeitet derzeit ein inhaltliches Konzept zur Weiterentwicklung der Häuser – damit die Geschichte unserer Stadt nicht nur bewahrt, sondern immer wieder neu erzählt werden kann.

995 **Theater: Vielfalt ist Hamburgs Stärke**

Hamburg ist Theaterhauptstadt. Mit der Staatsoper, dem Schauspielhaus, dem Thalia-Theater, Kampnagel, 27 Privattheatern, den großen Musical-Bühnen, der Freien Szene und zahlreichen Varietés und Kleinkunstabühnen verfügt die Stadt über ein außergewöhnlich breites und attraktives Bühnenangebot.

1000 Das Schauspielhaus ist in den letzten Jahren in Schwierigkeiten geraten. Die größte deutsche Sprechbühne ist ein Haus von großer Tradition. Erfolg und Misserfolg liegen hier nah beieinander. Das Haus hat mehr Besucher verdient. Sie zu gewinnen wird Aufgabe der neuen Intendanz sein – damit das Theater weniger abhängig wird von den Zuwendungen der Stadt. Dem neuen Team darf die Stadt keine Steine in den Weg legen. Deshalb wollen wir die vom Senat beschlossenen Kürzungen zurücknehmen. Das Geld soll dafür eingesetzt werden, die Zuschauer langfristig an das Haus zu binden. Dafür soll die Stadt das Schauspielhaus beim Aufbau eines neuen Abo-Systems unterstützen. Das Junge Schauspielhaus muss erhalten bleiben. Es hat sich in kurzer Zeit in die Herzen der kleinen und großen Hamburger gespielt.

1005
1010 Kampnagel ist ein Beispiel dafür, wie eine Kulturstätte sich auf die Menschen in der Stadt und ihre Themen einlässt. Kampnagel hat sich in den letzten Jahren in die Debatten der Stadt eingeschaltet oder solche angestoßen – und verzeichnet nun steigende Besucherzahlen.

1015 Daneben muss die Freie Theaterszene mehr in den Blickpunkt rücken. Sie kann oft mit relativ kleinen Fördersummen ihre Produktionskosten absichern. Wir wollen die kreativen Potenziale der freien Theaterschaffenden fördern und die Off-Bühnen stärken. Das Fördersystem soll dazu überarbeitet und ein Produktions- und Bildungszentrum für alle Theaterschaffenden in der Stadt etabliert werden. Darüber hinaus setzen wir uns für die Erstellung eines Theaterentwicklungsplans ein.

1020 Die Mittel der Filmförderung sind in der letzten Legislaturperiode um zwei Millionen Euro erhöht worden. Das war wichtig, damit Hamburg weiter national und international im Filmgeschäft mitmischen kann.

Musikstadt Hamburg

1025 Wir halten an dem Ziel fest, Hamburg zu einer Stadt der Musik zu machen. Musik ist eine Sprache, die so viele Menschen wie möglich kennenlernen sollen. Wie bei allen Sprachen gilt auch für die Musik: Auf den Anfang kommt es an. Die Schulbehörde fördert deshalb mit großem Engagement Programme wie „Jedem Kind ein Instrument“. Dies wollen wir fortführen. Wir haben 2005 den Bau der Elbphilharmonie unterstützt. Dabei sind wir davon ausgegangen, dass die damalige CDU-Alleinregierung solide und kostensicher geplant hat. Durch das Missmanagement des CDU-Senates und die drastische Kostensteigerung hat das Projekt an Rückhalt verloren. Die Kosten dürfen nicht weiter steigen, die Stadt muss gegenüber Baukonzern und Architekten hart verhandeln. Wir wollen, dass die Elbphilharmonie zu einem von allen geschätzten Wahrzeichen unserer Stadt wird.

1030

Kultur hält die Stadt zusammen

1035 Trotz diverser Sparrunden in den vergangenen Jahrzehnten haben es die Hamburger Büchereien (HÖB) geschafft, die Zahl der Besucherinnen und Besucher und der Medienausleihen seit 20 Jahren unvermindert hoch zu halten. Auch die HÖB sollten einen hohen – zu hohen – Sparbeitrag leisten. Es ist dieser Einrichtung gelungen, die Grenze der Belastbarkeit aufzuzeigen und die eigenen Entwicklungsmöglichkeiten zu verteidigen. Diese müssen auch in Zukunft erhalten bleiben.

1040 Gleiches gilt für die Einrichtungen der Stadtteilkultur. Sie übernehmen als quartiersnahe Treffpunkte und Veranstaltungsorte mit vielfältigen kulturellen Angeboten wichtige Funktionen im Stadtteil. Sie vernetzen sich mit Schulen und Vereinen und bieten Entfaltungsmöglichkeiten für die verschiedenen kulturellen und sozial geprägten Nachbarschaften. Bei der Neuausrichtung der Mittelvergabe für die Stadtteilkultur setzen wir uns dafür ein, dass gewachsene, gut funktionierende Angebote auch weiterhin auskömmlich finanziert werden und Raum für neue Initiativen geschaffen wird.

1045

Im Koalitionsvertrag hatten wir die Einrichtung einer Gedenkstätte für die Opfer der NS-Deportationen am Lohseplatz vereinbart. Die GAL will erreichen, dass das entwickelte Konzept

umgesetzt wird und dass die Erinnerung an die grausame Geschichte dieses Ortes in der neuen HafenCity bewahrt bleibt.

1050 **Die Stadt braucht Kreativität – Kreative brauchen Räume**

Mit der Besetzung des historischen Gängeviertels haben Kulturschaffende erfolgreich für den Erhalt des Quartiers demonstriert und eine Wende in der Kultur- und Standortpolitik des Senats angestoßen. Durch den Rückkauf und die Verhandlungen mit der Initiative ist es gelungen, dass Kunst, Kultur und soziale Projekte an diesem Ort gesichert sind.

1055 Kreative „Raumpioniere“, ob sie nun vernachlässigte Immobilien nutzen oder in Bauwagen oder auf Hausbooten leben, sollten vor allem als Impulsgeber zur kulturellen Neuorientierung und Neubesiedelung von Räumen verstanden werden und nicht als Bedrohung städtischer Interessen. Nach dem Verkauf des Frappant-Gebäudes und dem Umzug der Künstler in die Viktoria-Kaserne im vergangenen Jahr hat sich dieses Kunstprojekt in Altona-Altstadt gut etabliert.

1060 Wir wollen die Kaserne längerfristig als Standort für kreatives Schaffen erhalten. Um ein kreatives Nutzungskonzept für das alte Finanzamt in der Großen Bergstraße wird zwischen Bezirk, Bürgerschaft und Finanzbehörde gerungen. Auch hier werden wir weiter intensiv für eine kommunale und kreative Nutzung werben.

1065 Die Umnutzung der alten Rindermarkthalle in St. Pauli sorgte für heftige Diskussionen. Neben Einzelhandels- und Marktflächen ist eine kulturelle und kreativwirtschaftliche Nutzung gut vorstellbar. Wir wollen das Planungsverfahren deshalb gemeinsam mit den Menschen vor Ort neu starten.

1070 Um Künstler und Kreative zu unterstützen, hat die GAL für die Gründung der „Hamburg Kreativ Gesellschaft“ gesorgt. Neben der Vernetzung, Beratung und Förderung von Kreativen liegt ihre Aufgabe in der Vermittlung geeigneter Arbeitsräume. Dabei leistet sie auch wertvolle Arbeit beim Suchen und Erschließen von untergenutzten Gebäuden und Arealen.

1075 In der HafenCity wollen wir ein Areal am Oberhafen zu einem Kreativbereich entwickeln, die alten Schuppen und Hallen sollen dort erhalten bleiben. Mittelfristig soll sich dort ein Kreativ- und Kulturquartier entwickeln, das auch mit Rothenburgsort, dem Brandshof und der Museumsmeile vernetzt ist.